

Beantwortung des Fragenkatalogs („Woche der Demokratie“) für den Kreisjugendring Miltenberg

Bildung und Schule

1. Wie geht das ganze Bildungssystem nach Corona weiter?

Die Corona-Pandemie hat vor allem den Kindern und Jugendlichen, aber auch deren Familien enorm viel abverlangt. Und Corona hat zweifelsohne Schwächen offengelegt. So hat sich gezeigt, dass wir gerade in Sachen digitaler Bildung dringend besser werden und wir dafür unsere Schulen modernisieren müssen. Dafür wollen wir den „DigitalPakt Schule“ schnell noch flexibler gestalten.

Damit unterstützt der Bund die Länder und Gemeinden bei Investitionen in die digitale Bildungsinfrastruktur. Ziele des Digitalpaktes sind der flächendeckende Aufbau einer zeitgemäßen digitalen Bildungsinfrastruktur; dafür stehen insgesamt 6,5 Milliarden Euro zur Verfügung. Viele Schulbücher und andere Lehrmaterialien sind schon digital, aber längst noch nicht alle. Durch eine Änderung der Zulassungsverordnung für Lehrmittel werden wir die Verlage von Schulbüchern verpflichten, bis zum Schuljahr 2024/25 jedes Schulbuch und andere Unterrichtsmaterialien auch in digitaler Form anzubieten.

2. Was sind die Perspektiven in der Jugendarbeit in Hinblick auf Corona? Wann wird definitiv wieder uneingeschränkt Jugendarbeit möglich sein? ----> Nachdem keine Impfpflicht besteht, muss es ja einen Punkt geben (max. Impfquote...) ab dem wieder geöffnet wird, oder?!

Ich denke, dass uneingeschränkte Jugendarbeit schon sehr bald wieder möglich sein wird. Mehr als 60 % der Erwachsenen sind mittlerweile vollständig geimpft, und auch immer mehr Jugendliche lassen sich freiwillig gegen Corona impfen. Das finde ich großartig, denn dadurch übernehmen sie Verantwortung für sich selbst und für andere – vor allem für diejenigen, die sich aus medizinischen Gründen nicht impfen lassen können, auch wenn sie es wollen. Und wer nicht geimpft ist, der muss eben einen Negativ-Test vorlegen, um am gesellschaftlichen Leben wieder teilnehmen zu können.

3. Wie sorgen Sie mit dafür, dass Jugendliche und Kinder aus „sozial schwierigen“ Verhältnissen, eine gute Schulbildung und gute Berufschancen bekommen?

Damit jedes Kind sein Potenzial erkennen und nutzen kann, wollen wir die Schulen vor allem in sozial schwierigen Lagen weiter stärken. Es gibt eine Bund-Länder-Initiative namens „Schule macht stark“; sie fördert Bildungs-Chancen für sozial benachteiligte Schülerinnen und Schüler. Diese Initiative wollen wir stärken und so weiterentwickeln, damit die Schulen bestmögliche individuelle Förderung anbieten können.

4. Reformation Bildungssystem: Anpassung der Lehrinhalte an lebensbezogene Inhalte

Ja, auch ich würde mir wünschen, dass die Schule an einigen Stellen die Kinder und Jugendlichen mehr auf das „echte“ Leben vorbereitet.

Klimapolitik

1. Wie wird sich die Klimapolitik verändern? Welche Forderungen werden an die Wirtschaft gestellt?

Die Wirtschaft ist innovativ – und schneller als die Politik. Wir müssen mit Innovationen Impulse setzen, damit uns andere folgen. Es geht nur mit Effizienz, Wettbewerb, Markt und Technologieoffenheit. Wir setzen daher auf technischen Fortschritt, auf Anreize – und eben nicht auf Verbote! Weltweiter Wettbewerb ist besser als staatlich verordnete Planwirtschaft. Wir wollen unser Land nicht deindustrialisieren. Uns geht es um Klima- und Umweltschutz, aber eben auch um den Erhalt der Arbeitsplätze in Deutschland. Für uns ist es wichtig, dass die Kosten für die Verbraucher wie für die Wirtschaft in einem vertretbaren Rahmen bleiben. Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit sind unverzichtbar für das Gelingen der Energiewende – sonst verlieren wir die Akzeptanz der Bevölkerung; dann drohen uns Proteste ähnlich wie in Frankreich der Aufstand der sogenannten „Gelbwesten“. Wir wollen Impulse setzen, damit uns andere folgen. Nur wenn unsere Klimapolitik bezahlbar und erfolgreich ist, wird das andere Staaten motivieren, eine Energiewende nach deutschem Vorbild anzugehen. Das muss unser Ziel sein, denn Umwelt- und Klimaschutz hören ja nicht an der Grenze auf. Nur wenn alle mitmachen, gelingen Umwelt- und Klimaschutz auch global.

2. Was wird aktiv für die Klimapolitik und gegen die Erderwärmung getan um weitere Überflutungskatastrophen zu verhindern?

Wir haben beim Klimaschutz auch schon viel erreicht: Wir haben unseren CO₂-Ausstoß seit 1990 bereits um stolze 40 % reduziert. Deutschland ist das einzige Land weltweit, das gleichzeitig aus der Kernkraft und aus der Kohleverstromung aussteigt. Wir haben einen CO₂-Preis eingeführt, der Benzin, Diesel und Heizöl schrittweise teurer macht. Wir fördern mit hohen Summen den Ausbau der Erneuerbaren Energien, den Kauf von Elektroautos, den Ausbau der Ladeinfrastruktur und vieles mehr.

3. Wo sehen Sie Nachholbedarf im Bereich Katastrophenschutz in den Landkreisen Main-Spessart und Miltenberg?

Ich würde sagen, dass wir in den zurückliegenden Jahren unsere Hausaufgaben gemacht haben – nicht zuletzt deshalb waren Hilfskontingente der Freiwilligen Feuerwehren im Landkreis Miltenberg sowie des THW in den Flutgebieten mit neuester Technik im Einsatz. Beim THW verzeichnen wir z.B. in den vergangenen acht Jahren einen stetigen Mittelaufwuchs; hier wurde umfassend in Technik und Ausstattung investiert. Allenfalls das Thema der Alarmierungsketten sollten wir uns noch einmal vor Augen führen, weil es in den Flutgebieten zu Missverständnissen und auch zu Relativierungen gekommen ist. Hier müssen wir sichergehen, dass alle entscheidenden Stellen und auch die Bürger sensibilisiert sind.

4. Welchen KONKRETEN Maßnahmen schlagen die Parteien für mehr Klimaschutz vor? (Nicht: soviel weniger Prozent Ausstoß, sondern welche Maßnahme, also z.B. Verbrenner Verbot)

Ich bin für Technologieoffenheit. Klimaschutz kann nur mit Innovationen gelingen, nicht mit Verboten. Wir steigen aus der Kohleverstromung aus. Wir bauen die Erneuerbaren kräftig aus, vor allem Photovoltaik und Windkraftanlagen Offshore. Ein wichtiger Bereich, in welchem man noch viel machen kann, ist die energetische Sanierung von Wohn- und Gewerbeimmobilien. Das wollen wir durch noch attraktivere KfW-Programme, durch steuerliche Anreize und schnellere Abschreibungsmöglichkeiten noch besser fördern. Noch stärker fördern wollen wir auch den Ausbau von CO₂-neutralem Wasserstoff als vielseitigen Energieträger, flexiblen Energiespeicher und wichtigen Grundstoff für chemische Prozesse. Autofahren und Fliegen dürfen kein Privileg der Reichen werden. Deswegen forschen wir an synthetischen Kraftstoffen, damit am Ende klimaneutrale Mobilität möglich wird. Sehr wichtig wäre

ein umfassender europäischer Emissionshandel mit einheitlichem Preis; die Einnahmen müssen in vollem Umfang an die Bürgerinnen und Bürger und an die Betriebe durch eine massive Verbilligung des Strompreises zurückgegeben werden, denn wir haben schon jetzt die höchsten Strompreise in ganz Europa!

5. Wie stehen die Parteien zum Tempolimit auf Autobahnen, und was halten sie davon, innerorts generell nur noch 30 km/h zu erlauben? (Das erhöht auch die Verkehrssicherheit für Kinder!)

30 km/h innerorts haben wir schon in vielen Wohngebieten sowie in Bereichen vor Schulen, Kindergärten, Kitas und so weiter. Und auch auf Autobahnen ist schon jetzt auf einem Drittel die zulässige Höchstgeschwindigkeit beschränkt – aber nur dort, wo es auch Sinn macht. Ich bin jedoch klar gegen ein generelles Tempolimit auf Autobahnen. Denn eine solche Beschränkung hätte praktisch keine Auswirkungen in Sachen Klimaschutz. Und nicht jeder, der auf freier Strecke mal schneller als 130 km/h fährt, ist gleich ein Raser. Diese Stigmatisierung kommt von denen, die ohnehin einen Feldzug gegen das Auto führen – aus rein ideologischen Gründen. Ein generelles Tempolimit wäre vielmehr die Hinwendung zu einer typisch grünen Verbotspolitik unter dem Deckmantel des Klimaschutzes.

6. Was hat ihre Partei in den letzten 30 Jahren konkret gegen den menschengemachten Klimawandel getan?

Es war Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU), der während seiner Regierungszeit das Bundesumweltministerium 1986 (!) gründen ließ; bis 1998 wurde es von CDU-Ministern geführt – auch von Angela Merkel. Seitdem ist viel geschehen in Sachen Umwelt- und Klimaschutz: Immer mehr Strom stammt aus Erneuerbaren Energien. Die Treibhausgase haben wir bereits um stolze 40 % reduziert – das ist keine Kleinigkeit und auch nicht selbstverständlich. Und die Luft ist so sauber wie noch nie.

Generationengerechtigkeit

1. Wie stellen die Parteien sich langfristig Rentenpolitik vor, um Altersarmut zu vermeiden?

CDU und CSU machen in ihrem Regierungsprogramm den wirklich bahnbrechenden Vorschlag einer Generationenrente von Geburt an. Der Staat soll künftig monatlich ab Geburt bis zum 18. Geburtstag einen kleinen zweistelligen Betrag zur Anlage in einen Aktien-basierten Pensionsfonds - mit Schutz vor staatlichem Zugriff - einzahlen. Durch den Zinseszinsseffekt kommt so über Jahrzehnte ein stattlicher Betrag zusammen – deutlich mehr als z.B. durch „Riester“. Unser Ziel ist es, durch vier Säulen der Altersvorsorge (gesetzlich, betrieblich, privat und „ab Geburt“) künftig Altersarmut wirksam zu vermeiden und allen Rentnern einen finanziell sorgenfreien Lebensabend zu ermöglichen.

2. In der Corona-Politik sind Kinder und Jugendliche oft vergessen oder hintenangestellt worden. Was sind Ihre ersten Schritte für die Jugend nach der Bundestagswahl? Welche Dinge wollen Sie für die jungen Menschen konkret angehen?

Es stimmt, die Pandemie hat vor allem den Kindern, Jugendlichen und ihren Familien enorm viel abverlangt. Über viele, lange Monate konnten die Kinder und Jugendlichen kaum und nur im Wechselunterricht die Schule besuchen. Sie waren zumeist getrennt von ihren Freunden, und sie haben vieles verpasst, das in normalen Zeiten zur Jugend und zum Erwachsenwerden dazugehört. Und wir wollen nun zurück in die Normalität – das Impfen von Kindern und Jugendlichen ab 12 Jahren macht das möglich. Wir wollen die Schulen modernisieren und überhaupt bei der Digitalisierung

schneller und besser werden. Zudem wollen wir das sogenannte Ehegattensplitting erhalten und es noch ergänzen durch das Kindersplitting, also durch die Anhebung des Kinderfreibetrags auf das Niveau des Freibetrags für Erwachsene. Und im Gegensatz zu den anderen Parteien wollen wir den nächsten Generationen keine immer höheren Schuldenberge hinterlassen – auch das verstehe ich unter nachhaltiger Politik für die jungen Menschen.

Deutschland, Europa und die Welt

1. Wie wollen Sie unsere Region weiter fördern?

Indem ich mich beispielsweise dafür einsetze, für wichtige Projekte z.B. in die Infrastruktur Fördermittel in den Wahlkreis zu holen. Klinkenputzen ist Teil meines Jobs. Oft werbe ich monatelang bei Mitgliedern des Haushaltsausschusses, des Bauausschusses, bei Ministern und Staatssekretären um Zuschüsse für Projekte in unserer Region. Und gerade die überdurchschnittlich hohen Fördermittel, die in den zurückliegenden vier Jahren in den Wahlkreis geflossen sind, stellen unter Beweis, dass sich mein politisches Gewicht in Berlin für die Region auszahlt.

2. Was ist ein gemeinsamer Wertekanon, auf den wir alle bauen können?

Unser Grundgesetz und unser christliches Wertefundament.

3. Wie schützen Sie unser Grundgesetz?

Gerade als Jurist und Mitglied des Rechtsausschusses prüfen wir bei jedem neuen Gesetz bzw. bei jeder Veränderung eines Gesetzes, ob es in Einklang mit dem Grundgesetz ist.

Familie und Soziales

1. Was passiert gegen soziale Ungerechtigkeiten?

Ich möchte betonen, dass Deutschland kein ungerechtes Land ist, sondern eine Volkswirtschaft mit einem der am stärksten ausgebauten Sozialstaaten der Welt. Deutschland gehört zu den Ländern in der OECD, in denen die Umverteilung von oben nach unten durch den Wohlfahrtsstaat am größten ist: 2021 werden die oberen ein Prozent der Steuerzahler in Deutschland laut Prognosen voraussichtlich 22 % der gesamten Einkommensteuer-Einnahmen tragen; die oberen zehn Prozent sogar 53 %. Die unteren 50 Prozent zahlen rund 6 %. Wir dürfen nicht vergessen: Alles, was umverteilt wird bzw. werden soll, muss zunächst erst einmal erwirtschaftet werden.

2. Soll das Renteneintrittsalter weiterhin erhöht werden oder wie wollen die Parteien dies verhindern und trotzdem ein Altern in Würde ermöglichen?

Jeder, der möchte, kann schon jetzt länger arbeiten. Wir können das aber bei weitem nicht jedem zumuten. Eine Rente erst im Alter von 70 Jahren geht völlig an der Realität vorbei. Klar ist angesichts des demografischen Wandels, also der Alterung unserer Gesellschaft, aber auch: Es kann nicht alles so bleiben, wie es jetzt ist. Wir müssen daher die betriebliche und die private Altersvorsorge stärken als Ergänzung zur gesetzlichen Rente. Unser Ziel ist es, durch insgesamt vier Säulen der

Altersvorsorge (gesetzlich, betrieblich, privat und „ab Geburt“) nicht nur Altersarmut wirksam zu vermeiden, sondern allen Rentnern einen finanziell sorgenfreien Lebensabend zu ermöglichen.

3. Was sind Ihre Visionen für eine bessere Gemeinschaft, Austausch und Gleichstellung in der Gesellschaft? Was sind Ihre Maßnahmen gegen ideelle, politische, religiöse und sozioökonomische Spaltung der Gesellschaft?

Ich führe politische Diskussionen ohne zu spalten und beteilige mich vor allem gerade dann an schwierigen Diskussionen, wenn die Einseitigkeit ein Zerrbild zu skizzieren droht. Der Blick aufs große Ganze offenbart die Realität. Mit meinem persönlichen familiären Hintergrund lebe ich sehr gut, glaube ich, die multikulturelle und integrative Idee.

4. Gibt es postkapitalistische Wege für Deutschland? Wie kann das System des Überflusses und Wachstumszwang überwunden werden?

Da muss nun wirklich gar nichts überwunden werden! Der Kapitalismus und die soziale Marktwirtschaft sind schließlich der Grund, wieso es uns in Deutschland so gut geht! Wir brauchen keine linken Experimente, die vor allem aus Verzicht und Verboten bestehen. Der Sozialismus hat noch nie funktioniert, sondern die jeweiligen Staaten immer an den Rand des Ruins gebracht und der Bevölkerung alle Chancen auf ein Leben in Freiheit und Wohlstand zerstört.

5. Bedingungsloses Grundeinkommen: Wie stehen Sie dazu?

Ich halte nichts von einem bedingungslosen Grundeinkommen. Unser Sozialstaatsmodell basiert darauf, dass sich jeder zunächst eigenverantwortlich um die Sicherung seines Lebensunterhaltes bemühen muss. Ein bedingungsloses Grundeinkommen wäre der Abschied vom Sozialstaatsmodell. Bisher findet eine Umverteilung von oben nach unten statt. Wenn wir jedem, auch den Gutverdienern und Reichen, z.B. 1.000 Euro monatlich zahlen, dann verteilen wir nicht mehr um. Außerdem würden die Kräfte des Marktes und die inflationsfördernde Wirkung des Grundeinkommens in absehbarer Zeit dafür sorgen, dass die 1.000 Euro monatlich niemanden mehr ein sorgenfreies Leben ermöglichen. Und was soll dann passieren? Müssen wir das Grundeinkommen dann erhöhen? Und falls Ja: Um wieviel? Und das dann regelmäßig? Und wo soll das viele Geld dafür eigentlich herkommen? Wir wollen Arbeitslose in Arbeit bringen – und nicht Langzeitarbeitslosigkeit alimentieren und verwalten. Ein bedingungsloses Grundeinkommen reduziert gerade bei antriebsschwachen Personen die Arbeitsanreize erheblich.

(02.09.2021)